Klientelpolitik oder nötige Kehrtwende?

Stephan Prinz zur Lippe und Minister Johannes Remmel im Streitgespräch über die Umweltpolitik in NRW

Bielefeld (WB). Die Politik von NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) ist hochumstritten. Kernpunkt ist ein Landesnaturschutzgesetz, dessen Entwurf das Kabinett jetzt gebilligt hat. Im Frühjahr wird der Landtag darüber entscheiden. Einer der schärfsten Kritiker von Remmels Politik ist Stephan Prinz zur Lippe. Auf Einladung des WESTFALEN-BLATTES trafen sich beide zu einem Streitgespräch über das Landesnaturschutzgesetz, den Flächenverbrauch, das neue Jagdrecht und den geplanten Nationalpark Senne. Das Gespräch moderierten Bernd Bexte und Bernhard Hertlein.

Stephan Prinz zur Lippe, Oberhaupt des Hauses Lippe zu Detmold, ist einer der größten Waldeigentümer der Region. Sein Veto verhinderte 2012 maßgeblich den geplanten Nationalpark Teutoburger Wald. Johannes Remmel (Grüne) ist seit Sommer 2010 NRW-Umweltminister. Der Siegener ist einer der profiliertesten Umweltpolitiker Deutschlands – aber auch einer der meist kritisierten. Fotos: Oliver Schwabe

? Herr Remmel, mit dem Landesnaturschutzgesetz wollen Sie die Umweltpolitik neu ausrichten. Warum eigentlich?

Johannes Remmel: Das Bundesnaturschutzgesetz ist novelliert worden, wir müssen die Vorgaben in Landesrecht umsetzen. Deshalb kann ich die Kritik am Landesnaturschutzgesetz nicht verstehen. Wir bewegen uns innerhalb des Rahmens, den der Bund vorgibt, mit ein paar Abweichungen. Im Mittelpunkt soll der Erhalt der Artenvielfalt stehen, denn da gibt es eine dramatische Entwicklung. 45 Prozent der Tiere und Pflanzen in NRW sind ausgestorben, bedroht oder stehen auf der Roten Liste.

Stephan Prinz zur Lippe: Gegen Artenschutz hat auch niemand etwas. Wir sehen im Wald allerdings eher eine Zunahme der Arten, beispielsweise den Luchs oder den Wolf. Ja, es gibt Artenschwund im Feld, auch durch die Monokultisierung der Landwirtschaft, etwa aufgrund des Maisanbaus für Biogasanlagen. Diese Entwicklungen sind aber hausgemacht.

? Also beschleunigt Öko-Energie den Artenschwund?

Remmel: Das ist ein Kurzschluss. Die Grundlast verursachen die intensive Landwirtschaft und der Futtermittelanbau. 70 Prozent des Maisanbaus geht in die Futtermittel. Das Gesetz ist jedoch eher auf die offene Fläche orientiert. Darum habe ich die Kritik der Waldbauern auch nicht verstanden. Was uns beschäftigt, ist der Druck auf die Fläche. Die Pachtpreise sind in NRW mit am höchsten. Darum haben wir Probleme bei der Umstellung auf ökologische Landwirtschaft. Die braucht mehr Fläche. Da müssten wir für Entspannung sorgen. Bei der Windenergie müssen wir abwägen, ob wir den Strom über lange Strecken zum Verbraucher bringen wollen – eine große Stromtrasse ist ja auch in OWL umstritten – oder doch vorrangig vor Ort erzeugen wollen.

? Ein Knackpunkt im Landesnaturschutzgesetz ist das Vorkaufsrecht des Landes und privater Naturschutzstiftungen von Flächen für Naturschutzgebiete.

Remmel: Das Bundesnaturschutzgesetz sieht ein Vorkaufsrecht des Landes vor. Das Bundesnaturschutzgesetz ermöglicht ebenfalls, dass das Land zu Gunsten anderer ein Vorkaufsrecht ausübt, zum Beispiel bei anerkannten Naturschutzvereinen und -stiftungen. Es wird dabei überwiegend nicht um Wald gehen, sondern um offene Flächen.

Prinz zur Lippe: Diese Regelung wird aber zur Verknappung der Fläche führen, weil nicht mehr der Nachbar kauft, sondern das Land oder der Naturschutzbund. Das führt zu den von Ihnen beklagten höheren Preisen. Es wäre besser, mehr Markwirtschaft zuzulassen. Ich denke, unsere Gesetze sind so gut, dass auch der private Landbesitzer keinen Unfug machen kann.

> »Wir beobachten im Wald eher eine Zunahme der Arten.«
>
> Stephan Prinz zur Lippe

? Aber das Land geht schon über die Vorgaben des Bundes hinaus: 15 statt zehn Prozent der Fläche sollen als Biotopverbund ausgewiesen werden.

Remmel: Weil wir schon bei 15 Prozent sind. Um das mal klarzustellen: Wir wollen keine zusätzlichen, neuen Schutzgebiete ausweisen. Wir planen auch keine weiteren Ausweisungen von Naturschutzflächen im privaten Bereich. Worüber wir allerdings streiten, ist die Ausweisung eines zweiten Nationalparks in NRW.

Prinz zur Lippe: Es lässt sich in der Senne aber kein Nationalpark nach den internationalen IUCN-Kriterien (IUCN ist die Weltnaturschutzunion, Anm. d. Red.) etablieren. Ein Nationalpark, wie ich ihn verstehe, ist ein Schutzgebiet in einer unberührten Naturlandschaft. In Deutschland haben wir aber nur Kulturlandschaften. Es ginge also in der Senne um den Versuch einer Rückentwicklung einer Landschaft. Oder anders gesagt: Die Senne ist eine kultivierte, wertvolle Offenlandschaft. Und daran sollte man nichts ändern. Mein Vorschlag: Wenn das Militär wirklich abzieht, sollte die Senne zum Teil des bestehenden Naturparks Teutoburger Wald gemacht werden. Dann könnten dort kulturlandschaftlich angepasste Naturschutzgebiete ausgewiesen werden. Ein Nationalpark, der nicht den IUCN-Kriterien entspricht, wäre ein Nationalpark zweiter Klasse, das hat die Senne nicht verdient.

Remmel: In Deutschland weisen wir Nationalparke aber nach hier gültigen Gesetzen aus. und die beinhalten nicht alle IUCN-Kriterien. Nach hier geltenden Kriterien wäre ein Nationalpark Senne machbar. Im übrigen hat jedes Land seine eigenen Regelungen. Bei allen Planungen haben militärische Belange einen Vorrang, da wollen wir dem Verteidigungsministerium nicht vorgreifen. Ein Nationalpark sollte auch nur auf öffentlichen Flächen geschaffen werde. Wenn private Eigentümer mitmachen wollen, sind sie willkommen.

In diesem Zusammenhang gestehe ich ein, dass ich bei den damaligen Planungen zu einem Nationalpark Teutoburger Wald auch einen Fehler gemacht habe. Ich hatte die langen Zeitabläufe völlig unterschätzt. Es war ein Impuls aus der Region und somit hatte das Land keine Steuerungsfunktion, es hat nicht sollen sein.

? Worüber Sie froh sind?

Prinz zur Lippe: Ja. Aber das ist Vergangenheitsbewältigung. Unser Wald wächst und gedeiht und wird sich weiter durch große Artenvielfalt auszeichnen – auch ohne Nationalpark.

? Herr Remmel, Sie wollen über den Landesentwicklungsplan auch den Flächenverbrauch einschränken, das treibt doch gerade die Preise?

Remmel: Wir wollen von aktuell zehn Hektar pro Tag runter auf fünf. Man muss sich halt fragen, ob es sinnvoll ist, den nächsten und übernächsten Baumarkt auf der grünen Wiese auszuweisen. Es geht dabei nicht um Industrieflächen. Das möchte ich betonen. Lassen Sie uns ein Bündnis für Industrieflächen machen, da bin ich dabei. Wir unterscheiden leider aber nicht zwischen Gewerbe- und Industriegebiet. Bevor wir neue Flächen beanspruchen, sollten wir Altflächen und Brachen nutzen. Davon gibt es 80 000 in NRW.

Prinz zur Lippe: Das schränkt aber die Flexibilität der Kommunen bei der Planung ein. Ein Investor, der vor der Tür steht, wartet nicht, bis die Brache von Altlasten befreit ist. Der geht dahin, wo er einen guten Standort hat. Zudem müssen solche Altflächen verfügbar sein und zum Verkauf stehen, das ist alles nicht so einfach.

? Mittlerweile wenden sich im »Aktionsbündnis ländlicher Raum« 17 Verbände gegen Ihre Politik. Wie gehen Sie damit um?

Remmel: Dieses breite Bündnis nötigt mir schon Respekt ab. Aber wir haben auch intensiv miteinander diskutiert und sind gemeinsam zu Veränderungen gekommen, etwa zur Streichung der geplanten Vorschrift, Totholz im Wald vorhalten zu müssen. Wir sind insgesamt auf einem guten Weg.

Prinz zur Lippe: Ich bin froh darüber, dass die Totholzvorschrift gestrichen wurde, ich habe mich nur gewundert, dass sie überhaupt jemals geplant war. Was ich weiterhin problematisch finde, ist das im Landesnaturschutzgesetz vorgesehene Klagerecht von Naturschutzverbänden. Das sollte eine Sache zwischen Staat und Grundeigentümer sein. Da hat ein Dritter nicht mitzureden.

Remmel: Das sehe ich anders. Es geht nicht darum, Klagen zu provozieren, sondern im Vorfeld Konflikte zu benennen und zu lösen. Das entspricht der Rechtslage.

Prinz zur Lippe: Aber es ist nicht jeder Naturschutzverband zugelassen. Auf Bundesebene ist der Deutsche Jagdverband anerkannt, in NRW ist es der Landesjagdverband nicht. Das empfinde ich nicht als Waffengleichheit.

Remmel: Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hat jüngst festgestellt, dass der Landesjagdverband kein Naturschutzverband ist. Aber in der Tat haben wir in NRW den Rahmen eng gefasst. Vier Verbände sind anerkannt.

Prinz zur Lippe: Ich habe den Eindruck, dass die NRW-Umweltpolitik eine Klientelpolitik für ein urbanes Milieu ist, das in Naturschutzverbänden organisiert ist, aber nicht in und von der Natur lebt. Das zeigt sich beim Verbandsklage-, Beteiligungs- und Vorkaufsrecht. Ich sehe zu wenig Rücksichtnahme auf bäuerliche Landnutzer.

Remmel: Das kann ich so nicht stehen lassen. Gerade wir machen eine Politik für den ländlichen Raum. Nur die Fragen, die sich stellen, sind andere als vor 20 Jahren. Ich möchte, dass wir auch in Zukunft noch bäuerliche Landwirtschaft haben und in Dörfern gelebt und gearbeitet werden kann. Dafür braucht es vieles: vom lebendigen Vereinsleben bis zum Breitbandausbau. Dafür wollen wir sorgen.

Prinz zur Lippe: Auch beim Naturschutz wäre weniger manchmal mehr, gerade mit Blick auf die Bürokratie. Man muss den Menschen im ländlichen Raum Verantwortung zubilligen. Es gibt aber zu viele ordnungsbehördliche Vorgaben. Ich wünsche mir beispielsweise mehr Vertragsnaturschutz, wie ihn das Bundesnaturschutzgesetz vorsieht. Das wäre ein Zeichen. Was mich auch stört ist die Tatsache, dass das, was intakt ist, zusätzlich unter Schutz gestellt wird, weil man an anderer Stelle, unter anderem wegen der intensiven Landwirtschaft, nicht weiterkommt.

> »Auf das neue ökologische Jagdgesetz bin ich schon auch stolz.«
>
> Johannes Remmel

Remmel: Wir werden den Vertragsnaturschutz nicht einschränken und da, wo er nachgefragt wird, fördern – etwa beim Totholz und den Streuobstwiesen. Klar ist aber auch, dass ein intakter Naturraum auch einen »eigenen Wert« für eine Region darstellt.

? Und das neue Jagdgesetz?

Remmel: Wenn ich die Legislaturperiode noch einmal gestalten könnte, würde ich nicht mit dem Jagdgesetz beginnen. Es war im Regierungsprogramm nicht das wichtigste Gesetz, aber die Verbände haben danach gerufen. Sie wollten wissen, was der Gesetzgeber vorhat.

? Aber es hat die heftigste Kritik verursacht und das Klima verdorben.

Remmel: Klima verdorben sicherlich nicht, denn es gibt einen großen Teile der Bevölkerung, der das Gesetz und vor allem das Verbot des Katzenabschusses unterstützt. Mit der Kritik des Jagdverbandes muss ich leben, aber auf dieses moderne ökologische Jagdgesetz bin ich schon auch stolz.

Prinz zur Lippe: An dem Gesetz kann man gut beschreiben, wie Konflikte entstehen, etwa bei der Reduzierung der dem Jagdrecht unterliegenden Wildarten. Nehmen wir den Baummarder: Er unterliegt nicht mehr dem Jagdrecht, durfte aber auch noch nie geschossen werden. Trotzdem ist das ein Unterschied. Wenn ich jetzt ein totes oder verletztes Tier finde, darf ich es nicht mehr aufnehmen. Dem Jäger wird also ein Stück Verantwortung entzogen.

Remmel: Das ist ein Einzelbeispiel. Bei den jagdbaren Arten, bezogen auf die Jagdstrecke, hat es eine Veränderung von einem Prozent gegeben. Im Jägeralltag hat sich nicht viel verändert.

Prinz zur Lippe: Das sehe ich anders. Es geht dabei auch um Emotion, darum, dass Jäger in ihrem Verantwortungsbereich eingeschränkt werden. Die Kritik am neuen Jagdgesetz fußt vor allem auf Eingriffen in das Eigentumsrecht.

Remmel: Es geht aber auch um rationale Argumente, welche Tiere aus vernünftigem Grund bejagt werden dürfen. Das Eigentumsrecht ist vom Grundgesetz her geschützt. Wir haben durch die Aufnahme des Tierschutzes in das Grundgesetz eine Veränderung an anderer Stelle. Beide Rechte müssen abgewogen werden. Deshalb ist es sinnvoll und eine Notwendigkeit, dass Tieren nicht unnötig und ohne Grund Leid zugefügt wird.